



# Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Mittwoch, den 23. November 1887.

Nr. 547.

## Von unserem Kronprinzen.

Nach einer der „Börs. Ztg.“ aus London ausgehenden Meldung wird Dr. Mackenzie erst am 9. oder 10. Dezember sich nach San Remo begeben, um den Zustand des Kronprinzen persönlich wieder zu untersuchen; er empfängt von Dr. Howell in San Remo täglich Berichte, die, soweit sie die unmittelbaren Symptome betreffen, befriedigender Natur sind.

Wien, 22. November. Der deutsche Kronprinz richtete in den letzten Tagen an mehrere fürstliche Persönlichkeiten, darunter Kronprinz Rudolph, eigenhändige Briefe, in welchen er eingehend über seine Krankheit sprach.

Stuttgart, 22. November. Der Kronprinz hat dem Gemeinderathe der Stadt Stuttgart für die Hochachtung und Theilnahme seinen wärmsten Dank aussprechen lassen.

Washington, 21. November. Der Gesandte der Vereinigten Staaten in Berlin, Bedleton, war vom Staatssekretär Bayard beauftragt worden, dem Kaiser Wilhelm anlässlich der Krankheit des Kronprinzen die Theilnahme des Präsidenten und der Bürger der Vereinigten Staaten auszudrücken. Daraufhin theilte der deutsche Gesandte in Washington dem Staatssekretär Bayard mit, er sei beauftragt, ihn zu ersuchen, dem Präsidenten den herzlichsten Dank des Kaisers für die innigen Ausdrücke der Theilnahme, die ihn tief gerührt haben, abzustatten.

## Deutschland.

Berlin, 22. November. Der Kaiser ließ sich heute Vormittag die regelmäßigen Vorträge halten und empfing darauf der bisherigen Kommandeure der 5. Kavallerie-Brigade Generalleutnant v. Hainlein, den Inspekteur der 3. Landwehr-Inspektion Generalleutnant v. Schöler, den zum Kommandeur der 16. Division ernannten Generalleutnant Renke, den Kommandanten von Altona, Generalleutnant v. Radomski, den Kommandeur der 25. Division Generalleutnant von Wismann, den zum Gouverneur von Ulm ernannten Generalleutnant v. Gureff-Cornitz, sowie die Generalmajors v. Pappitz, zum Kommandeur der 36. Infanterie-Brigade ernannt, und Röß, zuletzt Inspekteur der 7. Festungs-Inspektion, und die sächsischen Offiziere Oberst Jörn. v. Hohenberg, bisher Kommandeur des 2. königlichen sächsischen Grenadier-Regiments Nr. 101 Kaiser Wilhelm, König von Preußen, welcher zum Kommandeur der 6. königlichen sächsischen Infanterie-Brigade Nr. 64 ernannt worden ist, und den zum Kommandeur des 2. königlichen sächsischen Grenadier-Regiments Nr. 101, Kaiser Wilhelm, König von Preußen ernannten Oberst von Eglitz, bisher etatsmäßiger Stabschef im königlichen sächsischen 1. Leib-Grenadier-Regiment Nr. 100, zur Abstattung persönlicher Meldungen.

Das Befinden des Kaisers läßt nichts zu wünschen übrig.

Die Petersburger Gesellschaft weiß zur Stunde durchaus noch nicht, was sie von der Berliner Zweikaiserbegegnung und deren möglichen Folgen halten soll. Man scheint etwas verwundert zu sein über jene Berliner Meldungen, aus denen zu entnehmen war, daß die Begrüßungen und Besprechungen sich hier weit herzlicher und freundschaftlicher vollzogen haben, als man auf beiden Seiten vorher anzunehmen geneigt war. Man kann sich deshalb der Annahme, daß die Entree auf das zukünftige Verhältniß beider Reiche vielleicht einen nachhaltigen Einfluß ausüben könne, nicht ganz verschließen; doch ist man noch von einer gewissen Scheu befangen, mit der Sprache herauszurücken. Es macht sich mithin in der Gesellschaft wie in der Presse der russischen Hauptstadt eine verlegene Zurückhaltung geltend, welche in einem gewissen Stimmungsbericht aus Petersburg vom 19. v. M. folgendermaßen treffend geschildert wird: „Die Börsenpanik der letzten Tage, welche, wie in Petersburg geäußert wird, vielleicht noch ein oder das andere Falliment zur Folge haben dürfte, scheint am Tage der Entree — vorläufig wenigstens — zum Stillstand gekommen zu sein. In sehr gedrückter Stimmung wird aber dem Ultimo entgegengeesehen, und, trotz aller gegenwärtigen Rodomonaden verschiedener russischer Heblblätter, würde

gut drei Viertel aller Russen ein wahrer Alpdruck von der Brust genommen, wenn sich als das Resultat der Kaiser-Entree eine Schwelung in der bisherigen russischen Politik und damit eine Wendung zum Besseren in den russischen Verhältnissen bemerkbar machen sollte. Schon die telegraphische Berliner Mittheilung, daß Kaiser Alexander den Fürsten Bismarck in fast einstündiger Audienz empfangen, verschlehte nicht, in Petersburg einen mächtigen Eindruck zu machen. Die professionierten Deher, wie der Fürst Metscherky, der am Tage vor der Entree noch in seinem „Grasbanta“ pompbäst verkündete, der Zar würde den deutschen Reichskanzler, wenn dieser es wagen sollte, sich ihm zu nagen, sicherlich mit größter Achtung bekräften, dürfte jetzt sammt seinen verehrten Hinter- und andern russischen Dunkel Männern ungefähr wie ein de-gossener Pudel dastehen. Auch der „Grasbanta“ vom 19. d. enthält noch verschiedene Ausfälle gegen den Fürsten Bismarck, die dem durchlauchtigen Chefredakteur nunmehr, d. h. nach der in später Nachtstunde erst eingelaufenen Audienz-Depeche gewiß nicht ganz angenehm sind, weil seine Voraussetzungen und Prophezeiungen gründlich zu Wasser geworden. Da möchte es der sonst so deutschfreundliche „Swet“ viel klüger. Er verhält sich ganz still und wartete erst ab, wie sich die Sache in Berlin gestalten würde. Zu dem Aufhalten der Petersburger Börsenpanik trug übrigens sehr wesentlich das Gerücht bei, der Finanzminister werde unmittelbar nach Rückkehr des Kaisers die Allerhöchste Erlaubniß zur Verlängerung der Rechte für die Deher der vierprozentigen neuesten Anleihe auf weitere drei Monate über den ersten Januar hinaus nachsuchen, um, wie auch die „Börs. Wld.“ betont, hierdurch die prekäre Lage des Geldmarkts ein wenig zu erleichtern. Dasselbe Blatt meldet ferner, daß die Banken von ihrem Vorgehen, neue Zuschüsse zu verlangen, aus ebendenselben Motiven Abstand genommen haben. Es war allerdings auch hohe Zeit, das stark erregte Publikum aller Kreise wieder etwas zu beruhigen. Daß hier vielfach, und zwar schon seit geraumer Zeit, die Ansicht laut wurde, mit der Rückkehr des Kaisers werde sich Manches günstiger gestalten, meldeten wir schon wiederholt und können nur wünschen, daß sich diese russische Voraussetzung jetzt erfüllt; denn sonst steht es in Russland sehr, sehr böse aus.“

In Wien sind über die jüngste Berliner Zwei Kaiser-Begegnung überaus erfreuliche, verlässliche Nachrichten eingetroffen. Darnach darf als sicher gelten, daß die persönlichen Intentionen des Zaren vollständig friedliche sind, und daß ein russischer Angriffskrieg gegen Deutschland oder Oesterreich ebenso ausgeschlossen ist, wie eine russische Begünstigung etwaiger anderer gegen Deutschland Oesterreich gerichteten feindseligen Absichten, so lange der gute Wille des Zaren überhaupt gegen die panslawistischen Strömungen die Oberhand behält.

Ueber des Zaren Aufenthalt in Wirballen wird gemeldet, daß von 12 Uhr Mittags ab das über die Dorfstraße Wirballens führende Eisenbahngelände für alle Spaziergänger gesperrt war. Die in Abständen von je 20 Schritt neben einander in doppelten Reihen aufgestellten russischen Soldaten trieben jeden Näherkommenden auf weite Entfernung zurück. Zur Schließung jener lebendigen Schutzmauer von Wirballen bis Petersburg waren 80,000 Soldaten aufgeboden. Der Kaiserzug traf auf dem gesperrten Bahnhofs von Eydikuhnen um 5 Uhr 5 Minuten Nachmittags ein. Der Zar wurde für Aufsehen in einem der mittleren Wagen sichtbar, doch hat er aus Vorsicht zwischen Eydikuhnen und Wirballen mehrere Wagen betreten. Die Umladung des Gepäcks dauerte in Wirballen trotz größter Beschleunigung über 2 Stunden.

Der Stern des Mannes, der fast neun Jahre an der Spitze der französischen Republik gestanden, ist im Untergehen. Selbst die besten und besonnensten Freunde Grevy's, wie Freycinet, Ferry und Goblet, sehen sich ge-zwungen, anzuerkennen, daß der Rücktritt des bisherigen Präsidenten unvermeidlich sei. Uebereinstimmend sprachen Clemenceau, Freycinet, Floquet und Goblet bei der Unterredung, welche sie gestern Abend im Elysee mit Grevy hatten, die Meinung aus, daß eine präsidientielle Krise vorhanden sei.

Grevy soll diese Ansicht nicht getheilt, vielmehr am Schluß der Unterredung erklärt haben, daß er sich an andere politische Persönlichkeiten zur Mitwirkung bei der Beseitigung der Krise wenden werde.

Schwerlich wird Grevy „andere politische Persönlichkeiten“ finden, welche nicht nur den Muth hätten, unter den jetzigen verworrenen Verhältnissen ein Kabinett zu bilden, sondern auch fähig wären, eine parlamentarische Majorität um sich zu schaaren. Es mag dem alten, um die französische Republik hochverdienten Manne schwer fallen, das Elysee vor Ablauf seines zweiten Septennats zu räumen; es ist beklagenswerth, daß Grevy durch seine, vom menschlichen Standpunkte aus entschuldbare, vom politischen Standpunkte aus jedoch unverzeihliche Schwäche für seinen Schwiegersohn in ein schiefes Licht gestellt wurde — allein, wie die Verhältnisse in Frankreich nun einmal liegen, ist an ein Verbleiben Grevy's im Amte nicht zu denken.

Nach dem Buchstaben der Verfassung kann Grevy freilich nicht zum Rücktritt gezwungen werden, doch von dem Patriotismus des bisherigen Präsidenten ist es zu erwarten, daß er freiwillig das schwere Opfer bringen werde. Mit unerbittlicher Realpolitik hat Clemenceau hervorgehoben, daß Grevy's Verbleiben im Amte die Republik selbst auf's schwerste gefährden würde. Die Pariser Slandpresse „würde nimmermehr aufhören, das Staatsoberhaupt in der unerhörtesten Weise zu beschimpfen; Monarchisten und Radikale würden jede Gelegenheit ergreifen, um die schmutzige Affaire, in welche Grevy durch seinen Schwiegersohn verwickelt wurde, wieder hervorzulehren; die Achtung vor der Autorität müßte den Todesstoß erleiden.“

Es ist ein schweres Opfer, das Grevy seinem Vaterlande durch seinen Rücktritt zu bringen genöthigt werden soll; einen noch größeren Dienst wird er der französischen Republik leisten können, wenn er das persönliche Ansehen, das ihm immer noch geblieben, daran setzt, um die verschiedenen republikanischen Gruppen in der Kammer wie im Senat zu einer Verständigung über die Wahl eines würdigen, echt republikanisch gesinnten Nachfolgers zu vereinen. Man wird es ihm in Frankreich hoch anrechnen, wenn er eventuell seinen Rücktritt von einer solchen vorüberigen Verständigung aller Republikaner abhängig macht.

Die Vorgänge in Paris werden hier mit begreiflicher Aufmerksamkeit verfolgt, und zunächst ohne sonderliche Beunruhigung. Eine Boulanger-Diktatur steht wohl selbst nach dem unerwarteten Fall des Ministeriums Rouvier nicht vor der Thür. An Chauvinisten war dort auch schon bisher kein Mangel, und die Friedensbündnisse werden sich auch dieser Krisis gegenüber bewähren, die ohnehin die Siawenpartei in Russland nicht zu dem geträumten Zusammengehen ermutigen kann. Frankreich wird durch die Enthüllung seiner Sclandale nicht bündnisfähiger erscheinen. Ueber die Bedeutung des Zarenbesuchs wird die kommende Zeit und die Haltung der panslawistischen Partei entscheiden. Die dem Botschafter Schumalow verliehene hohe Ordensauszeichnung wurde natürlich nicht übersehen, wenn sie auch ähnlich bei jeder Monarchenbewegung stattfindet. Man wußte, daß Graf Schumalow, wie das seiner Stellung entsprach, eine Annäherung der beiden Staaten stets begünstigt hatte. Als schon Anfang Juni d. J. in diplomatischen Kreisen von einer möglichen Kaiserbegegnung für den Herbst gesprochen und dies mit allem gebotenen Vorbehalt gemeldet wurde, hörte man den Gedanken schon damals den Wünschen des russischen Botschafters zuschreiben, der sogar auf eine Wiederherstellung des früheren Verhältnisses gehofft haben sollte. Zu dieser letzteren ist es dank dem Widerstreben der Panslawisten nicht gekommen, und es sind auch jetzt noch keine weitreichende Ausfichten dafür vorhanden. Die erwähnte Ordensverleihung scheint wenigstens das zu bedeuten, daß ein Entgegenkommen Russlands dießseits keinen Hindernissen begegnen würde. Das offiziöse „Petersburger Journal“ spricht sich mit einiger Wärme über den Empfang des Zaren am deutschen Hofe aus und man ist gespannt, wie sich nunmehr die slawischen Stimmen ihrerseits vernehmen lassen werden. Graf Schumalow war auch zuweilen als vereinstigter Nachfolger des

Herrn von Giers genannt worden, dessen Rücktritt übrigens noch fraglich ist. Auch soll der hiesige Botschafter der militärischen Laufbahn vorkommendenfalls mehr zugeneigt sein. Man begegnet überall der Auffassung, daß die Lage noch unsicher erscheine und die weitere Entwicklung sich noch nicht übersehen lasse, der Friede jedoch durch den von allen Wechselfällen unberührten Dreilbund verbürgt bleibe. Zeigen muß sich auch, ob nach der Rückkehr des Zaren in der bulgarischen Frage wirklich etwas geschehen wird. Herr von Giers soll einmal darauf vertraut haben, als die Pforte eine russische Rundgebung erwartete. Die Meldung der gestrigen „Times“ aus Konstantinopel, die Türkei sei von hier benachrichtigt worden, daß Deutschland nach dem Zarenbesuch mit irgend einem Schritte zur Lösung der bulgarischen Frage vorgehen werde, der Rußland und Oesterreich zugleich befriedigen solle, steht übrigens, mit früheren dießseitigen Äußerungen, die einer vorgängigen Einigung Russlands und der Pforte zu deren Unterstützung entgegensehen, in Widerspruch und ist unbegründet.

Gerüchte englischer Blätter von der geplanten Abberufung des hiesigen italienischen Botschafters Grafen Launay stoßen angesichts der Stellung desselben auf Zweifel. Jedenfalls ist hier nichts davon bekannt.

Der deutsche Handelstag hatte bekanntlich in seiner im März vorigen Jahres abgehaltenen Vollversammlung den nachfolgenden Beschluß mit allen gegen zwei Stimmen angenommen:

„Der deutsche Handelstag erblickt in den agrarischen Bestrebungen, soweit dieselben unter Verkennung des wahren Interesses der Landwirtschaft die Förderung des landwirtschaftlichen Gewerbes im Widerspruch mit den Interessen der anderen Gewerbetätigkeiten verfolgen, eine schwere Gefahr für das Gewerbeleben der Nation. Indem er es daher für seine Pflicht erachtet, diesen Bestrebungen auf das entschiedenste entgegenzutreten, erklärt er sich insbesondere gegen die Abänderung der im deutschen Reich bestehenden Verhältnisse, gegen die Erhöhung bestehender oder Einführung neuer landwirtschaftlicher Zölle auf nothwendige Lebensmittel oder Rohstoffe für die Industrie, sowie gegen eine Einschränkung der Privatthätigkeit im Feuer- und Hagelversicherungswesen, sei es durch Verstaatlichung desselben, sei es durch Uebertragung der ausschließlichen Versicherungsbefugniß an die sogenannten öffentlichen Societäten.“

Nachdem dann neulich der deutsche Landwirtschaftsrath getagt, ist eine Vollversammlung des Handelstages auf den 29. d. M. einberufen. Derselben wird namens des Ausschusses der nachfolgende Beschluß zur Annahme empfohlen werden:

„Der deutsche Handelstag vermißt in den Verhandlungen des deutschen Landwirtschaftsraths und in den sonstigen Rundgebungen landwirtschaftlicher Interessentkreise für weitere Boll-erhöhungen denjenigen Nachweis der wirtschaftlichen Nothwendigkeit, welcher für derartige einschneidende Aenderungen in der wirtschaftlichen Gesetzgebung gefordert werden muß. Der deutsche Handelstag verbleibt deshalb umfomehr bei seinen am 12. März 1886 gefaßten Beschlüssen, als derselbe in weiteren landwirtschaftlichen Zollerbö- hungen eine wesentliche Erschwerung der deutschen Erwerbstätigkeit in Handel und Industrie und eine bedenkliche Gefährdung des sozialen Friedens erblickt.“

Die Begründung dieses Beschlusses hat Kommerzienrath Frenkel aus Berlin übernommen. Ueber den Identitätenachweis bei der Wiederausfuhr von Getreide werden die Handelskammern Mannheim und Bremen oder Lübeck Bericht erstatten.

Wie der „Börs. Ztg.“ ein eigener Drahtbericht aus Kiel meldet, ist der Inspekteur der zweiten Marineinspektion, Kapitän zur See Deinhard, zum Kontreadmiral und der Korvettenkapitän Dautwiz, Kommandant der Kreuzerfregatte „Moltke“, zum Kapitän zur See ernannt worden. An Stelle des Panzerschiffes „Sachsen“ ist „Bairn“ als Stammschiff der Reservedivision der Ostsee in Dienst gestellt worden.

Ueber das bereits gemeldete Schiffs-unglück des Dampfers „Schollen“ wird dem „B. Z.“ weiter gemeldet:

